

Alle für die Schulspatzen – oder?

Nächste Runde im Streit um die Betreuungsfrage – Herbert Schmitz: „Es ist traurig, was hier abgeht“

Das Beselicher Gemeindeparlament hat auf die Kritik von SPD und "Neuer Mitte" sowie einen Widerspruch von Bürgermeister Kai Müller (parteilos) reagiert und mit Stimmen von CDU und Bürgerliste (BL) einen geänderten Beschluss in Sachen künftige Betreuung der Beselicher Grundschüler durch den Förderverein "Schulspatzen" gefasst.

Beselich-Obertiefenbach. Die Gegner des ursprünglichen Beschlusses sind der Meinung, dieser schade dem Verein und dem Wohl der Gemeinde. Bürgermeister Müller sagte, mit seinem Widerspruch habe er für keinen Partei ergreifen und niemandem eins auswischen wollen. Ihm sei es nur darum gegangen, die Zukunft der "Schulspatzen" zu sichern und einen für alle tragbaren Kompromiss zu finden. Der in der letzten Parlamentssitzung gefasste Beschluss hätte Müllers Meinung nach dazu geführt, dass der Verein künftig von jeglicher gemeindlichen Förderung ausgeschlossen worden wäre und die Gemeinde hätte sich in Sachen wie das Grundschulkonzept einmischen sollen, für die sie keinerlei Zuständigkeit besitze. CDU und BL stellten klar, dass sie den Verein "Schulspatzen" nicht von jeder künftigen Förderung durch die Gemeinde ausschließen wollten, sondern lediglich das Budget für den Umbau der ehemaligen Räume des Schützenvereins in der Sporthalle begrenzen.

Kein Schulträger

Trotz des Müllers Hinweis, dass die Gemeinde nicht Schulträger sei, beauftragten CDU und BL aber trotzdem den Gemeindevorstand, mit dem Förderverein, der Grundschule selbst und dem Kreis in den nächsten sechs Monaten ein Konzept mit dem Ziel zu erarbeiten, dass die Grundschule einen Antrag für eine ganztagsbetreuende Schule stellen kann. Obwohl sich prinzipiell die vier Fraktionen über das weitere Vorgehen in Sachen "Schulspatzen" einig sind, den Ausbau der Sporthallenräume als Übergangslösung für die Betreuung bis zum Räumeneubau für die Ganztagsbetreuung zu betrachten, verstrickten sich die Gemeindevertreter erneut in endlose Diskussionen und gegenseitige Vorwürfe. Herbert Schmitz von der "Neuen Mitte" brachte es am Ende auf den Punkt: "Soll es noch mehr solcher Sitzungen geben? Es ist doch traurig, was hier abgeht."

Parlamentschef Christoph Heep (CDU) meinte, dass es doch toll sei, wenn eine Gemeinde viel mehr für die Kinderbetreuung tue, als sie müsse, "und wir streiten uns hier um Punkt und Komma". SPD-Fraktionsvorsitzender Michael Jahn gab die Kritik zurück und nannte es keinen guten Stil von CDU und Bürgerliste, nach ewig langen Ausschussberatungen mit einmütiger Meinung beim letzten Mal kurzfristig mit einem umfangreichen Zusatzantrag ins Parlament zu kommen. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Theo Schneider betonte, er habe den Bürgermeister bereits letztes Jahr auf das Thema Zukunft der "Schulspatzen" angesprochen. Dann sei lange gar nichts passiert, und kurzfristig solle das Parlament dann sechsstellige Ausgaben für den Umbau von Räumen genehmigen. Die CDU wolle die Existenz des sehr lobenswert engagierten Vereins langfristig sichern. Es wäre laut Schneider für die Rechtfertigung der Ausgabenhöhe aber hilfreich gewesen, wenn die Verwaltungsspitze zum Beispiel beim Kreis für das Projekt nach Fördermöglichkeiten gefragt hätte. Ebenso wäre es nach Meinung Schneiders gut gewesen, wenn ein Plan existiert hätte, welchen Beitrag der Verein selbst für das Projekt erbringen kann.

Nachvollziehbar

SPD-Chef Jahn konnte hingegen den Widerspruch Müllers nachvollziehen. Die Gemeinde könne sich nicht um Sachen wie die Beantragung einer Ganztagsbetreuung kümmern, für die sie nicht zuständig sei. Außerdem hätte der Antrag laut Jahn dazu geführt, dass die "Schulspatzen" künftig von jeglicher gemeindlicher Förderung ausgeschlossen gewesen wären. Bernd Litzinger, Fraktionsvorsitzender der BL, bezichtigte dagegen den Bürgermeister der Versäumnisse. Die Verwaltungsspitze habe bei dem Thema nicht rechtzeitig reagiert, und CDU und Bürgerliste sollten nun öffentlich zu Buhmännern gemacht werden. Die Gemeinde habe durchaus ein Mitspracherecht, wenn sie in das Projekt eine sechsstellige Summe stecken solle. Jörg Diefenbach (Neue Mitte) nannte es völlig legitim, wenn der Bürgermeister Widerspruch gegen einen Beschluss einlege, den er schädlich für die Gemeinde und den Verein halte. Die neue Vorlage von CDU und BL leide erneut unter inhaltlichen Mängeln. Es stelle eine klare Kompetenzverletzung durch die Gemeinde dar, wenn sie sich in ein Schulkonzept einmische. Zudem erwarte er eine Gleichbehandlung aller Vereine. Wer für die "Schulspatzen" sei, der könne auch den neuen Ergänzungsantrag nur ablehnen. Diefenbach stellte einen seiner Meinung nach klarer formulierten ähnlichen Antrag, der aber keine Mehrheit fand. In diesem Fall gehe es um der Gemeinde gehörende Räume, die sowieso einer künftigen Nutzung zugeführt und somit saniert werden müssten, so Diefenbach. Und einen Verein, der nicht nur einem eigenen Hobby nachgehe, sondern die wichtige Aufgabe der Kinderbetreuung übernehme. Folglich sei er besonders unterstützenswert. In Plätze für Fußballvereine würden ja auch mehrere hunderttausend Euro gesteckt.rok